

## Es geht ums Mehr

**TAG DER ARBEIT** – Raus auf die Straßen und Plätze am 1. Mai

Um mehr geht es in diesem Jahr am 1. Mai. Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit. Das ist das Motto der DGB-Gewerkschaften am Tag der Arbeit im Jahr 2024. Diese Mehr gibt es per Tarifvertrag. So wie das in der Vergangenheit gelungen ist, soll es auch in der Zukunft geschehen. Allein in diesem Jahr verhandeln die DGB-Gewerkschaften für 12 Millionen Beschäftigte. Immer wieder zeigen die Gewerkschaften ihre Stärke in Tarifverhandlungen. Mit guten Abschlüssen, die zuletzt oftmals nur durch Streiks und durch die Macht der wachsenden Zahl an Mitgliedern durchgesetzt werden konnten.

Denn die Beschäftigten lassen sich nichts mehr vormachen. Die Inflation der zurückliegenden Jahre hat dafür gesorgt, dass der Wert ihrer Einkommen gesunken ist. Insbesondere in den unteren Einkommensgruppen reichen die Monateinkommen nicht mehr aus, um die alltäglichen Bedarfe zu finanzieren. Deshalb geben sich die Beschäftigten nicht mit den geringen Anhebungen zufrieden, die die Arbeitgeber ihnen jeweils zu Beginn der Verhandlungen zukommen lassen wollen. Und auch der Mangel an Fachkräften lässt das Selbstbewusstsein der Beschäftigten wachsen. Arbeitskraft ist ein begehrtes Gut geworden.

Zudem haben es die Gewerkschaften in der Politik durchgesetzt, dass etwa die Energiepreislöscher bis zum letzten Winter fortgesetzt wurde. Jetzt machen sie weiter poli-



tischen Druck für mehr Tarifbindung. Damit mehr Menschen von dem profitieren, was die Gewerkschaften und ihre Mitglieder durchsetzen, damit der Wettbewerb untereinander nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

In vielen Branchen fahren Konzerne immer noch Milliardengewinne ein. Doch an den Verhandlungstisch kommen sie ohne angemessene Angebote. Zudem stellen sie gemeinsam mit Union und FDP auch noch das Streikrecht in Frage. Auch für dieses in der Verfassung verankerte Grundrecht kämpfen die Gewerkschaften auf der politischen Ebene, denn die zügellose Streiklust, wie sie ihnen Arbeitgeber, Union und FDP unterstellen, entspricht nicht den Tatsachen. „Wer Einschränkun-

gen des Streikrechts fordert, fordert massive Eingriffe in die Tarifautonomie“, heißt es bei den DGB-Gewerkschaften nicht nur am 1. Mai.

Dabei sind Tarifverträge Stabilitätsanker, die für Sicherheit im Wandel stehen. Tarifabschlüsse setzen wichtige Zeichen für Selbstbewusstsein, für Mut, für Optimismus. Wichtige Werte in der heutigen Zeit. Tarifverträge fördern zudem Gleichbehandlung und Gerechtigkeit, mit ihnen gibt es mehr Lohn, mehr Urlaubs-, mehr Weihnachtsgeld, bessere Regelungen bei Überstunden, Kurzarbeitsgeld, betrieblicher Altersvorsorge und vielem mehr.

Deswegen bieten Gewerkschaften ein Mehr – nicht nur am 1. Mai.

*Heike Langenberg*

*Mehr Infos zum 1. Mai auf Seite 7*

### EINEN KURSWECHSEL ...

...auch in der Haushaltspolitik fordern DGB, Fridays for Future, die AWO, die Klima-Allianz Deutschland und weitere Organisationen. Ihr Ziel: Ein Ende der Sparpolitik, eine Reform der Schuldenbremse und ein Sondervermögen für Klimaschutz, Transformation und soziale Daseinsvorsorge, das im Grundgesetz verankert sein soll. Dabei blicken die Organisationen schon jetzt auf die Aufstellung des Haushalts für 2025. Und das in einer Zeit, in der die FDP mächtig auf Konfrontationskurs mit den Koalitionspartner\*innen geht und ein Papier verabschiedet, in dem sie das Aus für die Rente mit 63 fordert und ein härteres Vorgehen beim Bürgergeld. Anstatt sich in der Koalition damit zu beschäftigen, das Land zukunftsfest zu machen, zündeln die Liberalen schon wieder. Auch da muss ein Kurswechsel her.

### Protest

„Die AfD ist keine Protestpartei. Sie ist das Ende unserer Freiheit.“

Der Kabarettist, Autor und Moderator Florian Schröder bei X am 19. Januar 2024

**KINDER**  
Betrag reicht nicht

Unzulängliches Berechnungsverfahren

SEITE 2

**TARIFBINDUNG**  
15 Prozent weniger

Tarifflicht wirkt sich negativ auf Beschäftigte aus

SEITE 3

**ÖRR**  
Klare Stärkung

Schmitz-Dethlefsen kritisiert Arbeitgeberangebote als Provokation

SEITE 4

**ÖPNV**  
Weitere Abschlüsse erzielt

ver.di kämpft für mehr Entlastung

SEITE 5

**ZUSTELLUNG**  
Rechtsordnung gilt

30 Prozent Zuschlag bei dauerhafter Nachtarbeit

SEITE 6

**1. MAI**  
Werneke in München

Wo sprechen ver.di-Bundesvorstandsmitglieder am Tag der Arbeit

SEITE 7

## Gewerkschaften weltweit

Wie sieht es eigentlich mit Gewerkschaften in anderen Ländern aus? In Armenien etwa, Costa Rica oder Madagaskar? Dazu erstellt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) so genannte Gewerkschaftsmonitore. Darin geht es um die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der einzelnen Länder, aber auch um Gewerkschaftspolitik und die gewerkschaftliche Landschaft vor Ort und welchen Einfluss Gewerkschaften haben. Denn überall auf der Welt, wo die FES tätig ist und gesetzliche Vorschriften nicht daran hindern, arbeitet die Stiftung eng mit Gewerkschaften zusammen. So kann sie in den Berichten Informationen und Einschätzungen über Gewerkschaften, Arbeitswelt und politischen Kontext mit der interessierten Öffentlichkeit in Deutschland teilen. Dazu dienen die Gewerkschaftsmonitore, die es zu vielen, aber längst nicht allen Ländern der Welt mittlerweile gibt.

[kurzelinks.de/0knf](https://kurzelinks.de/0knf)

# Betrag reicht nicht

KINDERGRUNDSICHERUNG – Unzulängliches Berechnungsverfahren sorgt für Unterdeckung

(pm) Die Kindergrundsicherung ist eins der Projekte, mit denen die Ampel-Koalition glänzen wollte. Doch immer noch streitet die Koalition um die Umsetzung. Die Verteilungsforscherin Irene Becker kommt in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie jetzt zu dem Schluss, dass die Höhe der geplanten Kindergrundsicherung nicht ausreicht. Um Entwicklungsmöglichkeiten und soziokulturelle Teilhabe zu sichern, beides wichtige Elemente des Existenzminimums, müssten die Beträge anders berechnet werden.

Je nach Altersstufe der Kinder und Jugendlichen würden sie dann für 2025, wenn die Grundsicherung starten soll, zwischen 30 und 191 Euro höher ausfallen als aktuell von der Bundesregierung vorgesehen. Das entspricht rund sechs bis 30 Prozent mehr – je nach Alter.

Die derzeitigen gesetzlichen Verfahren zur Bemessung des soziokulturellen Existenzminimums seien „in mehrfacher Hinsicht unzulänglich“, betont Becker in der neuen Untersuchung. Das unterstreicht auch

Dr. Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung: „Das aktuelle Konzept der Bundesregierung stellt eine – in der Intention sinnvolle – Verwaltungsreform dar, aber das allein reicht nicht. Niedrigere bürokratische Hürden bei der Antragstellung sind wichtig, sie ändern jedoch nichts daran, dass die geplanten Leistungen absehbar zu niedrig sind.“

## Willkürliche Vorgaben

Der Erfolg einer Kindergrundsicherung bei der Bekämpfung von Kinderarmut „steht und fällt mit der Bemessung des zu sichernden Existenzminimums. Derzeit wird das soziokulturelle Existenzminimum nach einem relativ komplexen Verfahren berechnet, in dem sich „objektive“ Statistiken zu Konsumausgaben von Haushalten im untersten Einkommensbereich und zum Teil, so Becker, „willkürliche“ politische Vorgaben mischen. Beispielsweise

werden etliche Ausgaben generell gestrichen – unter anderem für Taschen, Regenschirme, das Eis in der Eisdiele, Pflanzen und Tierfutter. Insgesamt betreffen die Streichungen rund ein Viertel der im ersten Schritt ermittelten Referenzausgaben. Durch die Eingriffe wird der zur Sicherung des Existenzminimums notwendige finanzielle Bedarf also rechnerisch weiter „gedrückt“. „Die Vorgehensweise führt zu einer systematischen Bedarfsunterdeckung“, kritisiert Becker.

Die Forscherin hat ein Alternativkonzept vorgelegt, dass die Berechnung nachvollziehbarer macht. Danach werden die Konsumausgaben der Mitte der Einkommensverteilung als Bezugspunkt genommen. Außerdem sollte die Kindergrundsicherung mit der realen Entwicklung der Verbraucherpreise Schritt halten.

IRENE BECKER: **BERECHNUNG VON ANGEMESSENEN BEITRÄGEN EINER KINDERGRUNDSICHERUNG**  
WSI STUDY, 32 SEITEN, KOSTENLOSER DOWNLOAD UNTER [KURZELINKS.DE/ady4](https://kurzelinks.de/ady4)

## DIE PRESSE-SHOW

Wird irgendwo der Verkehr durch Streiks lahmgelegt, hebt wie bestellt ein vielstimmiger Chor zum Streik-Bashing an. „Unsensibel“ findet es am 17. April 2024 die *Heilbronner Stimme*, ausgerechnet zum Start des Abiturs den Nahverkehr zum Erliegen zu bringen. In dem Kommentar heißt es: „Es gehört in Deutschland zur Sozialfolklore, stets Verständnis für Streiks zu haben.“ Der Autor selbst hat es nicht: „Die Nutzer des Nahverkehrs sind müde von immer neuen Streiks und unzuverlässigen Verkehrsmitteln. Den Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr haben die Verhandlungen im Vorjahr bereits ein zweistelliges Gehalt plus gebracht, während die Inflation längst wieder auf Normalmaß gesunken ist. Das alles sollte Verdi bedenken, wenn die Gewerkschaft das offenbar immer noch große Verständnis für Streiks nicht überstrapazieren will.“

Die *Stuttgarter Zeitung* titelt tags zuvor „Augenmaß statt Krawallkurs“. „Dass sich 93 Prozent der Verdi-Mitglieder für einen Erzwingungsstreik im kommunalen Nahverkehr aussprechen, ist keine Überraschung.“ Das Votum gebe ver.di die Möglichkeit, fast unbegrenzt öffentliche Bahnen und Busse lahmzulegen. Und wer denke da nicht sofort an die Lokführer: „Es erscheint verführerisch, dem Krawallkurs der GdL zu folgen.“ Doch ver.di habe versprochen, „mit Augenmaß vorzugehen“, und werte den Streik selbst „als Ausdruck von Besonnenheit“, was viele ÖPNV-Kunden allerdings anders sehen würden.

Noch einen Tag früher, am 15. April, analysiert die *Rheinische Post* die Lage im nordrhein-westfälischen ÖPNV, auch dort hat ver.di die Beschäftigten zum Streik aufgerufen. Titel der Analyse: „Die Zeit von Billiglöhnen ist vorbei“. Auch in NRW würden Zehntausende Pendler und andere ÖPNV-Nut-

zer genervt sein, wenn Busse und Straßenbahnen ausfielen. Trotzdem sei die neue Streikwelle deutlich zurückhaltender als die sogenannten Warnstreiks im Februar und März. Schließlich heißt es im Bericht: „Eine Einigung ist möglich, obwohl es sehr schwierige Verhandlungen werden.“ Auch weil viele Finanzierungsfragen im ÖPNV generell offen seien. Doch all das führe an einem nicht vorbei: „Wir alle müssen erkennen, dass Arbeit in unserer Gesellschaft teurer wird. Die Zeit, als Deutschland einen riesigen Billiglohnsektor hatte, geht vorbei. Das zeigen unter anderem die Tarifabschlüsse für das Sicherheitspersonal an Flughäfen.“ Da hat der Autor ganz richtig 1 und 1 zusammengezählt. Zudem: Auch an den Flughäfen haben ver.di und die Beschäftigten erst mit Streiks ihr Ziel erreicht. Die Chöre der Streikenden – sie werden nicht verstummen.

Petra Welzel

# 15 Prozent weniger

**BRANDENBURG** – *Tarifflicht wirkt sich auch auf die Beschäftigten negativ aus*

(pm) In Brandenburg arbeiten aktuell 47 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag. Die Quote liegt damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 49 Prozent. Auch bei der Quote der Betriebe ohne Tarifbindung liegt Brandenburg mit 19 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Wie sich die fehlende Tarifbindung auswirken kann, hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie am Beispiel Brandenburg untersucht.

Ein Fazit: Die fehlende Tarifbindung wirkt sich negativ auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. In Brandenburg beträgt der Rückstand von Beschäftigten ohne Tarifvertrag gut 15 Prozent gegenüber denen in tarifgebundenen Betrieben. Das gilt auch, wenn zentrale Merkmale wie Branche, Betriebsgröße oder Quali-

fikationsniveau der Belegschaft sehr ähnlich sind.

Für den geringeren Lohn müssen Beschäftigte ohne Tarifvertrag zudem noch etwas länger arbeiten: um durchschnittlich 19 Minuten in der Woche, wenn Branche, Betriebsgröße und andere Merkmale statistisch berücksichtigt werden. Auch wenn Betriebe angeben, sich an einem Tarifvertrag zu „orientieren“, bringt das den Beschäftigten in der Praxis wenig: Bei Berücksichtigung der zentralen Betriebsmerkmale liegen die Löhne in solchen Betrieben dann immer noch um mehr als 12 Prozent niedriger als in vergleichbaren Betrieben mit verbindlicher Tarifbindung. Um die Tarifbindung wieder zu stärken, sieht Thorsten Schulten, Ko-Autor der Studie, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und die Politik in der Pflicht. Letztere sollte alle noch

nicht tarifgebundenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen in die Tarifbindung überführen, umfassende Tarifreuevorgaben im Brandenburgischen Vergabegesetz einführen sowie solche Tarifreue-regelungen auf alle Zuwendungen und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung ausdehnen. „Schließlich sollte sich Brandenburg auch mit anderen Bundesländern zusammenschließen und für eine neue Bundesratsinitiative zur Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen eintreten, die ein wesentlicher Hebel zur Stabilisierung des Tarifvertragssystems sein könnte“, so Schulten. Kasten Thorsten Schulten, Reinhard Bispinck, Şerife Erol, Malte Lübker: Tarifverträge und Tarifflicht in Brandenburg, WSI-Study Nr. 38, April 2024, Kostenloser Download unter [kurzlinks.de/fkzz](https://www.kurzlinks.de/fkzz)



**HEIKE LANGENBERG**  
IST DIE VERANTWORTLICHE  
REDAKTEURIN DER  
„VER.DI NEWS“

## K O M M E N T A R

### Mittelstand zahlt mehr Steuern

Reiche zahlen in Deutschland weniger Steuern als der Mittelstand. Mit dieser Kernbotschaft sorgte vor einigen Tagen eine Studie für Aufsehen, an der Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gearbeitet haben. Mit dabei war das Netzwerk Steuergerechtigkeit. Da es schwer ist, zu Superreichen verlässliche Gesamtdaten zu bekommen, haben sie auf die Daten von Einzelpersonen zurückgegriffen, die frei verfügbar sind. Die zahlen in der Regel weniger Steuern, weil nur ein kleinerer Teil des Einkommens aus Arbeit stammt. Für Gewinne, z. B. aus Aktien, werden weniger Steuern fällig, außerdem können sie Steuerprivilegien und Sonderregelungen in Anspruch nehmen. Bei Multimillionären machen die Abzüge etwa 29 Prozent aus, bei Mittelstandsfamilien 43 Prozent. Allein durch die Einführung einer Vermögenssteuer, so das Fazit der Institutionen, könnte Deutschland über Mehreinnahmen von 73 Milliarden Euro verfügen. Viel Geld, mit dem auch eine gerechte Verkehrswende finanziert werden könnte.

## Sozial gerechte Verkehrswende

**ERKLÄRUNG** – *Sozialverbände und Gewerkschaften fordern finanzielle Sicherheit*

(pm) Gemeinsam mit Arbeiterwohlfahrt, Deutschem Caritasverband, Diakonie Deutschland, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Sozialverband Deutschland und Sozialverband VdK hat ver.di Mitte März in einer Erklärung eine sozial gerechte Mobilitätspolitik von Bund und Ländern gefordert. Denn die Klimaschutzziele der Bundesregierung könnten nur mit einer Verkehrswende erreicht werden, die den öffentlichen Verkehr priorisiert. Damit sie sozial gerecht ist, müssten Personal,

Angebot und Infrastruktur langfristig finanziert werden.

Die Verbände fordern daher die Verkehrsminister von Bund und Ländern auf, mit zusätzlichen Geldern den öffentlichen Verkehr auszubauen, das Deutschlandticket langfristig zu sichern sowie im Gegenzug die Dienstwagenbesteuerung konsequent zu reformieren. Die aktuelle Besteuerung der Mobilitätsausrichtung sei in Deutschland sozial ungerecht. Besonders Spitzenverdiener\*innen mit über 80 000

Euro Bruttoverdienst profitieren von der vergünstigten Dienstwagenbesteuerung, die jährlich mehr Steuermittel binde, als das Deutschlandticket Bund und Länder koste.

„Wir brauchen endlich eine klare Perspektive, wie der öffentliche Verkehr die Beförderungszahlen der Zukunft stemmen kann. Das Herumlavieren von Bund und Ländern beim Ausbau- und Modernisierungspakt muss ein Ende haben“, forderte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle.

## Stunde der Wahrheit

**KRANKENHAUSPFLEGE** – *Bühler fordert Länder auf, Verordnung zuzustimmen*

(pm) ver.di ruft die Bundesländer mit Nachdruck auf, der geplanten Verordnung zur Pflegepersonalbemessung in Krankenhäusern zuzustimmen. Anlass war eine Sitzung des Gesundheitsausschusses des Bundesrates. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler sprach von einer „Stunde der Wahrheit“. Die Landesregierungen müssten zeigen, dass es ihnen ernst damit

sei, die Arbeitsbedingungen in der Krankenhauspflege zu verbessern. „Sie müssen zeigen, dass sie Probleme lösen und damit eine gute Versorgung sicherstellen wollen. Sie müssen zeigen, dass sie ihren Worten Taten folgen lassen“, so Bühler.

Die derzeitige Bundesregierung habe endlich gehandelt und das bereits 2019 entwickelte System auf den Weg gebracht, jetzt dürften die

Länder sich diesen notwendigen Verbesserungen nicht in den Weg stellen. Die Verordnung sei ein entscheidender Schritt für eine Personalausstattung, die sich am Pflegebedarf der Patient\*innen orientiert. Nur mit einer guten Personalausstattung könnten Pflegekräfte im Beruf gehalten und neue Beschäftigte für diese oft lebenswichtige und sehr anspruchsvolle Arbeit gewonnen werden.

# Klare Stärkung

## Stabiler rechtlicher Rahmen

(pm) „Das Tarifvertragsgesetz ist ein Erfolgsmodell“ sagt Reinhard Bispinck, der viele Jahre das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung geleitet hat. „Gemeinsam mit der im Mai 1949 durch Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz verankerten Koalitionsfreiheit bildet es seit 75 Jahren den stabilen rechtlichen Rahmen für die sehr wechselvolle Tarifpolitik.“ Gemeinsam mit dem WSI-Tarifarchiv hat er jetzt eine Analyse über die wichtigsten Stationen der Tarifpolitik von 1949 bis heute erarbeitet. Darin werden auch die Herausforderungen bewertet, vor denen das Tarifsystem aktuell steht. Dazu zählen Einschränkungen des Streikrechts, wie Wirtschaftsverbände aber auch Vertreter\*innen von Union und FDP sie fordern. Dem erteilt Bispinck eine klare Absage: „Das schlanke, auf Kernbestimmungen konzentrierte Tarifvertragsgesetz hat sich in den vergangenen 75 Jahren bewährt, ebenso der Verzicht auf eine gesetzliche Regulierung des Streikrechts und des Schlichtungswesens.“ Die Tarifvertragsparteien hätten es verstanden, die Konflikte um Arbeits- und Einkommensbedingungen autonom zu regeln.

REINHARD BISPINCK:  
**75 JAHRE TARIF-  
VERTRAGSGESETZ.  
ANALYSEN ZUR  
TARIFPOLITIK,**  
DÜSSELDORF, 40 SEITEN,  
KOSTENLOSER DOWNLOAD  
UNTER [KURZLINKS.DE/  
tz7w](https://www.kurzlinks.de/tz7w)

## ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK – Schmitz-Dethlefsen kritisiert Arbeitgeberangebote als Provokation

(pm) Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der ARD finden derzeit Tarifverhandlungen statt. Mitte April hatte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz-Dethlefsen die ersten Tarif-Angebote der Arbeitgeberseite kritisiert. Sowohl der Bayerische Rundfunk als auch der Norddeutsche Rundfunk bieten bei einer Laufzeit von 30 Monaten bis Mitte 2025 lediglich 2,25 Prozent Erhöhung zum 1. Januar 2024 und 2,46 Prozent zum 1. April 2025 an. Das Tarifangebot für 2025 soll nur unter dem Vorbehalt einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags gelten.

„Angebote, die noch nicht einmal die dramatischen Preissteigerungen ausgleichen, geschweige denn in der Nähe der tariflichen Forderungen zu verorten sind, dienen einzig der Provokation aller Beschäftigten

im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dies fordert gewerkschaftliche Gegenwehr heraus. Protestaktionen und Streiks sind nun auch kurzfristig zu erwarten“, sagte Schmitz-Dethlefsen. Hinzu käme, dass der Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), Ralf Ludwig, angekündigt habe, bis zu 300 Stellen zu streichen, was mit erheblichen Programmeinschnitten verbunden sein werde.

„Gerade investigative Rechercheformate sind im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen im Sendegebiet des Mitteldeutschen Rundfunks unersetzlich. In dieser Zeit an qualitativ hochwertigem Journalismus zu sparen, ist brandgefährlich“, warnt Schmitz-Dethlefsen. In einer Zeit, in der der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) gerade im Sendegebiet des MDR

Angriffen rechtsextremer Kräfte ausgesetzt sei, bedürfe es einer klaren Stärkung dieser für die demokratische Meinungsbildung wichtigen Säule. Der Intendant müsste auch in Personal- und Programmplanung den Kräften im MDR-Sendebereich entgegenzutreten, die dem ÖRR grundsätzlich feindlich gesonnen sind.

Mit diesem katastrophal mutlosen Verhalten bei Programmentwicklung sowie gegenüber dem Personal und in der Tarifpolitik bewiesen die Intendant\*innen der ARD einmal mehr, dass sie ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nicht ernst nehmen und den Blick auf die zukunftsorientierte Entwicklung und dafür nötige bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verloren hätten.

## T A R I F L I C H E S

**DEUTSCHE TELEKOM** – (pm) Rund 12 000 Kolleg\*innen haben sich Mitte April an den Warnstreiks bei der Deutschen Telekom beteiligt. Zudem sind rund 3 000 Telekombeschäftigte zum Auftakt der zweiten Verhandlungsrunde nach Siegburg gekommen, um die Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter\*innen vor dem Verhandlungsort zu begrüßen. Da auch die zweite Verhandlungsrunde ohne Ergebnis beendet wurde, wird ver.di die vollschichtigen Warnstreiks fortsetzen. ver.di-Arbeitskampfleiter Pascal Röckert geht davon aus, dass sich die geplanten Arbeitsniederlegungen insbesondere auf den Service und den Netzausbau der Telekom auswirken werden. ver.di fordert in der diesjährigen Tarifrunde für bundesweit rund 70 000 Tarifbeschäftigte eine Entgeltsteigerung von 12 Prozent, mindestens aber um 400 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen sowie die Entgelte der dual Studierenden sollen um monatlich 185 Euro erhöht werden. Die Tarifverhandlungen sollen am 29. April fortgesetzt werden.

**POSTBANK** – (pm) ver.di hat ihre Mitglieder bei der Postbank zu einer

Urabstimmung aufgerufen. Mit diesem Beschluss reagierte die Tarifkommission auf die sich seit mehreren Wochen hinschleppenden Verhandlungen. Denn auch die vierte Verhandlungsrunde für die 12 000 Beschäftigten der Postbank ist zwischen ver.di und der Deutschen Bank AG Mitte April 2024 ohne Ergebnis geblieben. Zwar hatten die Warnstreiks der vergangenen Wochen weiter Bewegung in die Verhandlungen gebracht, aber insbesondere beim Thema Geld lagen die Positionen noch weit auseinander. „Die Prozente sind zu niedrig und die Laufzeit zu lang“, kommentierte ver.di-Verhandlungsführer Jan Duschek die Vorschläge der Arbeitgeber. Bis zum 3. Mai sind jetzt die ver.di-Mitglieder gefragt, ob sie zu unbefristeten Streiks bereit sind.

**DRUCKINDUSTRIE** – (pm) Auch bei der dritten Verhandlungsrunde für die rund 110 000 Beschäftigten in der Druckindustrie gab es Mitte März zwischen ver.di und dem Bundesverband Druck und Medien (BVDM) keine Annäherung. ver.di-Verhandlungsführerin Raquel Marquardt bezeichnete das Arbeitgeberangebot als „völlig unzureichend“. Mit 2,0 Prozent zum 1. Juni

2024 und einem weiteren Prozent im Folgejahr berücksichtigten sie weder Inflation noch Preissteigerungen. „Das ist gegenüber den Beschäftigten verantwortungslos und zeigt, dass der BVDM die Lebensrealität der Beschäftigten in der Druckindustrie völlig ausblendet“, so Marquardt. ver.di fordert 12 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die vierte Verhandlungsrunde soll am 7. Mai stattfinden.

**PRIVATES OMNIBUSGEWERBE SCHLESWIG-HOLSTEIN** – (pm) ver.di hat in Schleswig-Holstein für den Manteltarifvertrag eine Einigung mit den privaten Omnibusunternehmen erzielt. Spätestens mit der Ausschreibung neuer Buslinien sinkt die wöchentliche Arbeitszeit auf 37,5 Stunden. Mit weiteren Entlastungstagen geht sie perspektivisch auf 37 Stunden. „Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in dieser Branche sind mit dem heutigen Tag deutlich verbessert worden und die Berufsbilder werden zunehmend attraktiver“, sagt ver.di-Verhandlungsführer Sascha Bähning. Die ÖPNV-Wende habe damit in Schleswig-Holstein auch im privaten Omnibusgewerbe einen wegweisenden Schritt in die Zukunft gemacht.



# Weitere Abschlüsse erzielt

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR – *ver.di kämpft für mehr Entlastung*

(red.) In weiteren Tarifgebieten konnte ver.di für die Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr Abschlüsse erzielen. In NRW und Baden-Württemberg hatten sich die Beschäftigten bei Urabstimmungen für Streiks ausgesprochen.

## NRW

Noch vor Ostern hat in NRW die Urabstimmung bei den Beschäftigten im Öffentlichen Personennahverkehr begonnen. 97 Prozent der ver.di-Mitglieder hatten sich dabei für unbefristete Streiks ausgesprochen. Zu groß war der Unmut über das Verhalten der Arbeitgeber. Sie hatten kein angemessenes Angebot vorgelegt und die dritte Verhandlungsrunde vorzeitig beendet. Einen Folgetermin sollte es nach ihrem Willen erst fünf Wochen später geben. Das war für die Tarifkommission inakzeptabel.

Mitte April kam es dann zu ersten Erzwingungsstreiks. Schon nach deren Ankündigung hatten die Arbeitgeber ein weiteres Angebot

vorgelegt. In der vierten Runde am 22. April kam dann der Vorschlag einer Schlichtung. Bis zum Vorliegen des Schlichterspruchs werden die Streiks im Rahmen der Friedenspflicht abgesagt.

## Baden-Württemberg

Mitte April haben rund 4000 Beschäftigte kommunaler Nahverkehrsunternehmen in Baden-Württemberg die Arbeit niedergelegt. Zwei Tage lang streikten sie in Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn, Freiburg, Baden-Baden, Esslingen und Konstanz, um die Arbeitgeber zu einem deutlich verbesserten Angebot zu zwingen. Zuvor hatten 92,8 Prozent der ver.di-Mitglieder bei einer Urabstimmung für Erzwingungsstreiks gestimmt.

In der fünften Verhandlungsrunde erwarten die Beschäftigten jetzt ein deutlich verbessertes Angebot. Bisherlang hatten die Arbeitgeber es grundsätzlich abgelehnt, über Arbeitszeitverkürzung zu reden oder Beschäftigten im Schichtdienst eine

Nahverkehrszulage von 250 Euro angeboten.

## Schleswig-Holstein

In der fünften Verhandlungsrunde wurde Ende März nach mehreren konstruktiven Sondierungsgesprächen ein Tarifergebnis erzielt. Ausschlaggebend für die Annahme durch die Tarifkommission war, dass eine Hauptforderung von ver.di, die Arbeitszeitreduzierung, jetzt früher umgesetzt wird. Durch zwei zusätzliche Entlastungstage konnte die Arbeitszeit auf 37 Stunden und 12 Minuten über die Laufzeit reduziert werden. Zudem sind die Entlastungstage ab 2024 für alle Beschäftigten wirksam.

Auch in Niedersachsen, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Hessen gibt es mittlerweile Abschlüsse. Über weiter zurückliegende hatten wir in der ver.di news 04/2024 bereits berichtet. Eine Übersicht über den aktuellen Stand in allen Bundesländern gibt es unter [kurze links.de/nn24](https://links.de/nn24)



Foto: Kay Herschelmann

SILKE ZIMMER, IM VER.DI-BUNDESVORSTAND FÜR DEN HANDEL ZUSTÄNDIG, ZU MELDUNGEN ÜBER EINEN NEUEN INVESTOR FÜR GALERIA KARSTADT KAUFHOF

## STATEMENT

### Langfristig Arbeitsplätze sichern

„Wir begrüßen, dass offensichtlich ein finanzstarker Investor gefunden wurde, der Galeria als Ganzes erhalten will und über Kompetenz im Einzelhandel verfügt, wenn gleich unsere Erfahrungen in der Vergangenheit durchaus zwiespältig waren. Wir erwarten deshalb, dass der neue Eigentümer in das Unternehmen investiert, die Standorte erhält und für die Beschäftigten langfristig die Arbeitsplätze sichert. Der neue Eigentümer sollte gemeinsam mit den Beschäftigten ein modernes Zukunftskonzept entwickeln und auf den Weg bringen, das die Stärke der Warenhäuser ausspielt: ein breites Sortiment gepaart mit guter Beratung. Vorschläge hierzu haben die Beschäftigten schon erarbeitet, sie sind bislang nicht aufgegriffen worden. Damit werden Chancen vertan. Wer fortlaufend nur auf Kostensenkung durch Filialschließungen, Personalabbau und untertarifliche Zahlung setzt, senkt die Attraktivität der Warenhäuser für die Kundinnen und Kunden und beeinträchtigt die Attraktivität der Innenstädte.“

## Transparenz schaffen

AUTOLOG – *Beschäftigte und Betriebsräte erfahren von Projekt aus der Presse*

(pm) Vor wenigen Tagen hat der VW-Konzern in einer Pressemitteilung bekanntgegeben, dass das Forschungsprojekt AutoLOG am Emdener Automobilterminal gestartet sei. Eine Information an die rund 900 betroffenen Kolleg\*innen bei der EVAG/ELAG gab es nicht.

„Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten bei diesem Prozess außen vorgelassen werden und selbst die Betriebsräte von dem Projektstart aus der Presse erfahren. Zumindest die Betriebsräte als demokratisch legitimierte Interessenvertretung und Mitbestimmungsorgan der Beschäftigten hätten im Vorfeld

einbezogen und informiert werden müssen“, kritisiert Maya Schwiengershausen-Güth, die die ver.di-Bundesfachgruppe Maritime Wirtschaft leitet. Sie fordert, eine umfassende Beteiligung des Betriebsrats und der Belegschaft beim Forschungsprojekt AutoLOG in Emden sicherzustellen.

Zudem fordert ver.di, bei dem Projekt den Fokus auf die Beschäftigten zu legen. „Die Einführung von Automatisierung darf nicht zu Leistungsdruck oder Kontrolle führen. Vielmehr muss Technik als Assistenz dienen und die Beschäftigten in ihrer Arbeit unterstützen“, so

Schwiengershausen-Güth. Bei AutoLOG handelt es sich um ein Verbundprojekt im Gesamtvolumen von 5,8 Millionen Euro, das über drei Jahre laufen soll.

Allein 3,2 Millionen Euro stellt dabei das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) aus dem Programm für Innovative Hafentechnologien (IHATEC II) zur Verfügung. Zwei Drittel der IHATEC-Fördermittel gehen direkt an den VW-Konzern. Mit dem Projekt soll die Grundlage für ein vollautomatisiertes Automobilterminal geschaffen werden, welches auch auf andere Häfen angewendet werden kann.

## IMPRESSUM

### ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

#### HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

#### CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

#### REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING, JENNY MANSCH, FANNY SCHMOLKE, RITA SCHUHMACHER

#### VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

#### ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 7 ERSCHEINT

AM 18. MAI 2024

[verdi.de](https://verdi.de)

AUCH DAS NOCH

**Missbräuchliche Klagen**

(pm) Reiche Personen und Unternehmen, die sich durch Instanzen klagen, um unliebsame Stimmen durch langwierige, teure Prozesse einzuschüchtern und eine kritische Öffentlichkeit für einen Sachverhalt zu verhindern – viele Journalist\*innen, aber auch Forschende oder Umweltaktivist\*innen kennen dieses Phänomen. Die EU hat nun eine Richtlinie gegen sogenannte SLAPP-Klagen verabschiedet, um Betroffenen von missbräuchlichen Klagen zu ihrem Recht zu verhelfen. Für die Umsetzung in Deutschland verbleiben zwei Jahre Zeit.

Auch in Deutschland sind immer wieder Medienschaffende und andere Personen und Organisationen von SLAPPs betroffen. Welche spezifischen Fallkonstellationen hier auftreten, ob es einen chilling-effect durch juristische Einschüchterungsversuche gibt und welche Potenziale bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht gehoben werden können, diskutiert ver.di mit Betroffenen, Jurist\*innen und politischen Entscheidungsträger\*innen am 16. Mai von 18 bis 20.30 Uhr im Europäischen Haus, Unter den Linden 78 in Berlin. Der Abend wird ausgerichtet vom deutschen No-SLAPP-Bündnis, dem auch die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di angehört.

# Rechtsordnung gilt

**ZEITUNGSZUSTELLUNG – 30 Prozent Zuschlag bei dauerhafter Nachtarbeit**

(dgb-rs) Wer regelmäßig nachts arbeitet, ist besonders belastet. Soweit keine tarifvertraglichen Ausgleichsregelungen bestehen, hat der Arbeitgeber seinen Nachtarbeitnehmer\*innen für die während der Nachtzeit geleisteten Arbeitsstunden einen angemessenen Zuschlag oder eine angemessene Anzahl bezahlter freier Tage zu gewähren. Das Bundesarbeitsgericht hatte das bereits 2021 entschieden (Aktenzeichen 10 AZR 261/20) und ausdrücklich festgestellt, dass die 30 Prozent auch für Zeitungszusteller\*innen in Dauernachtarbeit gelten.

Im dem Verfahren aus dem Jahr 2021 hatten die Arbeitgeber aus der Zeitungszustellung argumentiert,

die Arbeit sei leicht und wohnortnah, außerdem würden zu hohe Zuschläge die Pressefreiheit gefährden und sie wirtschaftlich überfordern. Doch all das rechtfertigt keine niedrigeren Zuschläge, hatte das BAG damals festgestellt. Die Belastung, die mit einer Arbeitsleistung in Dauernachtarbeit verbunden ist, übersteige die gewöhnlich mit Nachtarbeit einhergehende Belastung.

Dennoch versuchte ein Arbeitgeber aus Bayern, den Zuschlag auf zehn Prozent zu senken. Doch mit Hilfe des DGB-Rechtsschutzes erklagte sich der betroffene Zusteller vor dem Arbeitsgericht Bayreuth die fehlenden 20 Prozent. Die Richter\*innen verwiesen dabei auch auf

das BAG-Urteil. Schließlich müssten auch sich diejenigen, die Medien-erzeugnisse verbreiten, an die geltenden Rechtsordnung halten.

Dabei könne der Arbeitgeber wählen, ob er sich für einen finanziellen Ausgleich oder für bezahlte freie Tage entscheidet. Hat der Arbeitgeber sich einmal für eine Variante entschieden, ist diese Wahl verbindlich und kann erst für den Folgemonat verändert werden. Daher bekommt der Kläger für die Monate, in denen er einen Zuschlag in Höhe von 10 Prozent erhalten hat, jetzt die weiteren 20 Prozent ausgezahlt.

**Aktenzeichen 2 Ca 157/23**

## Ein harmloser Artikel mit Folgen

**PRESSEFREIHEIT – Prozessauftakt vor dem Landgericht Karlsruhe**

(pm) Mitte April hat vor dem Landgericht Karlsruhe der Prozess gegen einen Redakteur eines lokalen Radiosenders begonnen. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union Baden-Württemberg (dju) in ver.di hat dabei die Solidaritätskundgebung zum Prozessauftakt unterstützt. Im Vorfeld des Prozesses waren Anfang 2023 die Redaktionsräume von Radio Dreyeckslang und die Wohnungen zweier Journalisten durchsucht worden. ver.di

hatte diese Vorgehen bereits damals scharf verurteilt.

Ein harmloser Artikel über ein eingestelltes Ermittlungsverfahren führt zu einer aus unserer Sicht völlig unverhältnismäßigen Reaktion der zuständigen Staatsanwaltschaft“, sagte ver.di-Landbezirksleiter Martin Groß. Dies sei nicht nur ein Angriff auf die Arbeit eines lokalen Radiosenders und einen seiner Redakteure: „Dies ist ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit.“

Sollte dieses Vorgehen für zulässig erklärt werden, könnten Journalist\*innen nicht mehr ohne Angst vor Repressalien kritisch berichten. „Und genau so schlimm für unsere Demokratie: Der für die effektive Ausübung der vierten Gewalt zwingend notwendige Informantenschutz wird gleich mit geopfert. Denn niemand kann sich mehr sicher sein, Medien vertrauliche Informationen zukommen zu lassen“, warnte Groß.

**AKTUELLES URTEIL**

Väter nicht benachteiligt – (bsg) Das Bundessozialgericht (BSG) sieht keine verfassungswidrige Benachteiligung von Männern darin, dass Kindererziehungszeiten und Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung im Zweifel bei der Mutter anerkannt werden. Das hat der 5. Senat Mitte April entschieden. Ebenso wenig wie die Vorinstanzen hat das Bundessozialgericht verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Auffangregelung in § 56 Absatz 2 Satz 9 SGB VI. Danach wird die Erziehungszeit der Mutter zugeordnet, wenn die Eltern keine übereinstimmende Erklärung zur Zuordnung

der Erziehungszeit abgegeben haben und eine überwiegende Erziehung durch einen Elternteil nicht vorliegt.

Zwar führe die Anwendung der Auffangregelung zu einer unmittelbaren Benachteiligung des Kindsvaters. Die Ungleichbehandlung sei aber zur Verwirklichung des Gleichstellungsgebots ausnahmsweise gerechtfertigt, heißt es dazu in einer Pressemitteilung des BSG. Indem die Erziehungszeit im Zweifel der Mutter zugeordnet wird, werden faktische Nachteile ausgeglichen, die infolge der Erziehungsleistung beim Erwerb von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung bestehen

und die Frauen weiterhin deutlich häufiger betreffen als Männer. Obgleich die Erwerbstätigenquote und teilweise auch der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren und auch darüber hinaus gestiegen ist, blieben sie immer noch deutlich hinter denjenigen der Väter zurück. Diese, die Mütter bevorzugende Auffangregelung ist auch verhältnismäßig. Die übrigen Zuordnungsregelungen in § 56 Absatz 2 SGB VI lassen genügend Raum für eine Zuordnung der Erziehungszeit an einen männlichen Elternteil.

**Aktenzeichen B 5 R 10/23 R**

# Werneke in München

TAG DER ARBEIT – *Wo sprechen ver.di-Bundesvorstandsmitglieder am 1. Mai 2024?*

Der ver.di-Vorsitzende **Frank Werneke** ist in diesem Jahr der Hauptredner bei der Kundgebung in München. Zum Auftakt treffen sich die Demonstrierenden um 9.30 Uhr vor der Agentur für Arbeit in der Kapuzinerstraße 26. Dort startet dann um 10 Uhr eine Demonstration mit dem Ziel Marienplatz, wo um 11 Uhr die Kundgebung beginnt. Um 12.15 Uhr beginnt ein Kultur- und Familienfest. Ab 16.15 Uhr übernimmt dann die DGB-Jugend mit einem Open Air Konzert.

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende **Andrea Kocsis** ist in Dortmund zu Gast. Dort beginnt die Demonstration um 11 Uhr am Theatervorplatz. Ziel ist der Dortmunder Westfalenpark. Dort nimmt Kocsis bei der anschließenden Kundgebung auf der Festwiese an der Talkrunde der Gewerkschaften zur „Zukunft der Arbeit“ teil.

## Behle diskutiert in Recklinghausen

Gleich zwei Mal kann man die stellvertretende ver.di-Vorsitzende **Christine Behle** am Tag der Arbeit erleben. Zum einen spricht sie um 11 Uhr in Bottrop bei der Kundgebung an der Gladbecker Straße auf

der Gambrinusbühne. Die Demo dorthin beginnt auf 10.45 Uhr am Berliner Platz. Nach der Kundgebung beginnt das Familienfest der Gewerkschaften.

Nachmittags ist Behle um 15 Uhr Hauptrednerin der Kundgebung im Stadtgarten Recklinghausen. Der Demonstrationszug startet um 14.30 Uhr am Parkplatz der Wolfgang-Borchert-Gesamtschule. Auf der DGB-Bühne diskutiert die stellvertretende ver.di-Vorsitzende anschließend unter anderem mit der Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Ricarda Lang, dem SPD-Generalsekretär, Kevin Kühnert und Julia Roth von der ver.di Jugend. Im Anschluss an die Veranstaltung werden die Ruhrfestspiele eröffnet. (siehe unten)

### Der 1. Mai 2024 auf Social Media

Der DGB veröffentlicht auf seiner Social Media Wall Beiträge zum 1. Mai, die mit #1MaiFuerMehr gekennzeichnet sind. Jede\*r kann mit eigenen persönlichen Eindrücken von den Kundgebungen, Demonstrationen und Festen mitmachen. **Instagram und X:** Nutze den Hashtag #1MaiFuerMehr bei deinen Posts. **Facebook:** Nutze den Hashtag #1MaiFuerMehr und markiere die Facebook-Seite @DGB.Gewerkschaftsbund

## Bühler mit Heil in Dresden

ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Sylvia Bühler** ist gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, Rednerin bei der Auftaktkundgebung der Demo am Goldenen Reiter in Dresden. Ab 10 Uhr sind die beiden dort zu hören. Um 12.30 Uhr wird die Demo dann mit Livemusik auf dem Schloßplatz begrüßt. Um 13.30 Uhr beginnt dort eine Gesprächsrunde mit Betriebs- und Personalrät\*innen sowie den Spitzenkandidat\*innen von CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Europawahl.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Christoph Meister** ist in diesem Jahr ab 11 Uhr im Bürgergarten in Hameln zu hören.

Die zentrale Kundgebung des DGB findet in diesem Jahr in Hannover statt. Die Demo startet um 10 Uhr ab Küchengarten und zieht bis 11 Uhr zum Gewerkschaftshaus an der Goseride. Nach der Kundgebung, bei der die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi die Hauptrednerin ist, beginnt um 12 Uhr ein Familienfest mit Kulturprogramm.

Die Links zu allen Veranstaltungen sind unter [kurzelinks.de/c75e](https://kurzelinks.de/c75e) zu finden.



KAMPAGNE

## Wir sagen zusammen Halt

Mit der Kampagne „Wir sagen zusammen Halt“ setzt ver.di ein klares Zeichen gegen rechts. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund der Wahlen in diesem Jahr wichtig, es geht um Argumentation gegen Hass und Hetze. Auf einer Seite im ver.di-Intranet ist alles an Materialien zusammengefasst, was es von ver.di aber auch vom DGB und anderen Organisationen zu diesem Thema aktuell gibt. Dazu zählt z. B. eine Broschüre des ver.di-Bezirks Mittelfranken zu der Frage, was wäre, wenn die AfD an die Macht käme, oder eine Handlungshilfe für die anstehenden Personalratswahlen. Zudem gibt es verschiedene Hintergrundmaterialien zum Download, etwa vom Träger Netzwerk Politische Bildung in der Arbeitswelt oder der Otto-Brenner-Stiftung. Zudem gibt es Materialien mit diesem Motto, die speziell für die Europawahl am 9. Juni geeignet sind. Wer keinen eigenen Zugang zum Intranet hat, sollte die für den eigenen Bereich zuständigen ver.di-Sekretär\*innen nach den Materialien fragen. Denn die Argumentation gegen rechts zählt auch im Betrieb, im Freundeskreis oder in der Kneipe.

## 220 kulturelle Veranstaltungen

RUHRFESTSPIELE – *Eröffnung in Recklinghausen am 1. Mai*

(red.) Vom 1. Mai bis zum 8. Juni finden in Recklinghausen die Ruhrfestspiele statt. Das Theaterfestival ist international, politisch motiviert und genreübergreifend. Zu sehen sind Schauspiel- und Tanzproduktionen aus der ganzen Welt, aber auch Neuer Zirkus sowie Kinder- und Jugendtheater. Performative Arbeiten, Bildende Kunst, Diskursformate und ein Musik- und Kabarettprogramm ergänzen das Programm.

Eröffnet wird das Festival in diesem Jahr erstmals mit einer Produktion des Neuen Zirkus. Die 24 Akrobat\*innen der australischen Kompanie Gravity & Other Myths stehen bei dieser Deutschlandpremiere gemeinsam mit dem Frauenkonzertchor der Chorakademie Dortmund

auf der Bühne. Zu sehen sind bis zum 8. Juni aber auch Schauspielproduktionen deutscher Bühnen mit bekannten Schauspielern\*innen wie Wolfram Koch, Stefanie Reinsperger, Dimitrij Schaad und Charly Hübner. In Kooperation mit dem Deutschen Fußballmuseum wird das dokumentarische Theaterstück „Eine Nacht in Sevilla. Fußballdrama in fünf Akten“ von Manuel Neukirchner uraufgeführt. Bei dieser multimedialen Leseinszenierung wirken Peter Lohmeyer und Toni Schumacher mit.

Über 620 Künstler\*innen aus der ganzen Welt werden mit ihren Produktionen und Vorstellungen Teil der diesjährigen Ruhrfestspiele sein. Der Spielplan enthält 90 Produktionen mit rund 220 Veranstal-

tungen, davon u. a. vier Uraufführungen und sechs Deutschlandpremierer.

Die Ruhrfestspiele gibt es seit 1947, als die Hamburger Theater wegen fehlender Heizmittel vor der Schließung standen. Vertreter von ihnen fuhren ins Ruhrgebiet und organisierten Hilfe der Kohlezechen. Als Dank dafür traten im Sommer 150 Schauspieler\*innen der Hamburger Staatsbühnen unter dem Motto „Kunst für Kohle“ in Recklinghausen auf. Heute trägt der DGB die Ruhrfestspiele Recklinghausen GmbH zu 50 Prozent, die anderen Hälfte die Stadt Recklinghausen.

Mehr Infos zum Programm und zu Karten für die einzelnen Vorstellungen unter [ruhrfestspiele.de](https://ruhrfestspiele.de)

**GESCHICHTE  
WIRD GEMACHT**

Erinnern. Verstehen. Gestalten.

GAMECHANGER TARIFVERTRAGS-  
GESETZ: **EINE SÄULE DER**

**DEMOKRATIE**, FOLGE 1 VON

„**GESCHICHTE WIRD GEMACHT**“,

PODCAST DER HANS-BÖCKLER-  
STIFTUNG, HOST: MARIA POPOV,

42 MINUTEN, ZU HÖREN AUF  
ALLEN PODCAST-PLATTFORMEN

# Erinnern. Verstehen. Gestalten.

**H Ö R T I P P** – *Geschichtlicher Podcast der Hans-Böckler-Stiftung*

Vor 75 Jahren wurde das Tarifvertragsgesetz verabschiedet. Am 9. April und damit rund sechs Wochen vor dem Grundgesetz, in dem die Koalitionsfreiheit festgeschrieben wurde. Bis heute ist es in seinen Grundzügen unverändert und bildet einen stabilen rechtlichen Rahmen für die Tarifpolitik. „Die Demokratie kam also in den Betrieb, bevor sie in die Verfassung kam“, sagt Maria Popov in der ersten Folge der neuen Podcast-Reihe „Geschichte wird gemacht“ der Hans-Böckler-Stiftung.

Darin geht sie als Host der Frage nach, wie uns das Gesetz heu-

## **Geschichte wird gemacht**

Mit ihrer neuen Podcast-Reihe „Geschichte wird gemacht“ widmet sich die Hans-Böckler-Stiftung dem Blick in die Vergangenheit. Sie zeigt darin, wie Gewerkschaften als tragende Säule der Demokratie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle erkämpft hat, von denen wir heute noch profitieren. Damit will sie Mut machen, auch heute weiterzukämpfen. Dabei geht es nicht nur darum, deutlich zu machen, was alles erreicht werden konnte, dahinter steht auch die Frage, wie es heute weitergehen kann, frei nach dem Motto der Reihe: Erinnern, verstehen, gestalten.

Mehr Infos: [geschichtewirdgemacht.podigee.io](https://geschichtewirdgemacht.podigee.io)

te noch begleitet. Am Beispiel verschiedener Tarifrunden, etwa im Öffentlichen Dienst, zeigt sie, wie wichtig das Streikrecht ist. Denn das Gesetz gibt mit der Tarifautonomie den Rahmen für Tarifrunden und die Option zu streiken vor. Ohne diese Option wäre eine erfolgreiche Tarifpolitik mit spürbaren Verbesserungen für die Beschäftigten nicht möglich.

So berichtet Christian, 21, Kundenberater bei der Sparkasse in Dortmund, in der JAV und der ver.di Jugend aktiv und Mitglied der Verhandlungskommission für den Öffentlichen Dienst, von der zurückliegenden Tarifrunde. Gewerkschaftliches Engagement, das ist für ihn ein Stück gelebte Demokratie. Und das zeigt sein Beitrag in dem Podcast: Wie Tarifverhandlungen immer in demokratischer Rückkoppelung mit den Beschäftigten geführt werden und wie man dabei etwas durchsetzen kann. „Gewerkschaften sind ja auch einfach in der

Demokratie ein unfassbar wichtiger Anker und haben in der Vergangenheit auch gezeigt, dass sie sich nicht nur in Tarifrunden stark

machen können, sondern auch außerhalb und dort auch Dinge erreichen können“, sagt Christian.

In dem Podcast geht es um den geschichtlichen Hintergrund des Gesetzes, aber auch um die heutige Situation, um Bereiche, die zur Schaffung einer modernen Arbeitswelt noch gestaltet werden müssen, etwas flexible Arbeitszeiten oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch Tarifflicht, sinkende Tarifbindung und deren Folgen werden angesprochen. *Heike Langenberg*

## **TERMIN E**

Die Beschäftigten der Ver- und Entsorgung wurden 2021/2022 mit dem DGB-Index Gute Arbeit im Rahmen der ver.di-Offensive für Gute Arbeit befragt. Am 6. Mai gibt es von 14 bis 16 Uhr zwei Stunden lang tiefere Einblicke in diesen ver.di-Gute-Arbeits-Prozess. Die Veranstaltung findet online per Webex statt. Anmeldung unter [kurzelinks.de/toes](https://kurzelinks.de/toes)

Der Lesekreis im Bücher.Café der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin lädt zur Feier des 75. Geburtstags des Grundgesetzes am 8. Mai ab 16 Uhr ein. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Rebecca Liebig wird zum Thema einleiten, dann liest der Jurist und Journalist Thomas Darnstädt aus seinem Buch „Verschlussache Karlsruhe“.

Vom 24. bis zum 26. Mai wollen sich Vertreter\*innen der ver.di Jugend und der Senior\*innen in der Bildungszentrale der ver.di Jugend in Naumburg austauschen. Mit diesem Treffen der Generationen suchen sie Gemeinsamkeiten und Schnittstellen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit und diskutieren, an welchen Stellen Senior\*innen Verbündete der Jugend sein können. Ziel soll es sein, ver.di und die ver.di Jugend gemeinsam nach vorne zu bringen – schließlich ist das Treffen mit „Revolution ist machbar“ überschrieben. Mehr Infos: [kurzelinks.de/65eb](https://kurzelinks.de/65eb)

## **Blödheit**

„Die Berühmtheit  
mancher Zeitgenossen  
hängt mit der Blödheit  
der Bewunderer  
zusammen.“

Heiner Geißler  
(CDU-Politiker,  
1930–2017)